



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XI/19 - 23. Januar 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

Einweise
auf den Inhalt:

Die Gärung in den Mittelschichten	S.1
Jugoslawische Sorgen im eigenen Haus	S.3
CDU-Oberbürgermeister auf Mitgliederfang	S.5

Poujade am Horizont?

Bo. Alarmzeichen am Horizont des Jahres 1956: Zu Tumultszenen kam es am Sonntag auf der ersten Kundgebung der nordrhein-westfälischen Einzelhandelsverbände in Düsseldorf. "Ist der Poujade inzwischen bei uns eingetroffen?" rief Wirtschaftsminister Middelhauve den 2000 Einzelhändlern zu. Er fügte hinzu: "Ich hoffe nicht!" Er und Ministerpräsident Arnold wurden von anhaltendem Lärm und von Zwischenrufen wie "Der Staat würgt uns ab" - und von nicht wiederzugebenden Unmutsäusserungen - unterbrochen. Zum "Bauernstreik" ist wenige Wochen zuvor von Niedersachsen aus in einer Versammlung von 15 000 Bauern aufgerufen worden, die "unheimlich und drohend" gewirkt haben soll.

In Frankreich entstand die poujadistische "Verteidigungsgemeinschaft der Kaufleute und Handwerker" auf dem Boden einer stagnierenden Wirtschaft. In der Bundesrepublik gerät, trotz Prosperität, die Masse der selbständig Gewerbetreibenden in Erregung, weil die Bonner Wirtschaftspolitik einseitig auf die Interessen des grossen Kapitals ausgerichtet war und ist. Die Manager haben es verstanden, die staatliche Wirtschaftspolitik so zu beeinflussen, dass nicht nur die Verbraucher übervorteilt und die unentgeltlich Beschäftigten benachteiligt, sondern dass auch die kleinen selbständig Schaffenden in Stadt und Land systematisch enteignet werden. Immer wieder wird "nachgewiesen", dass Marx sich mit seiner Perspektive der Konzentration des Kapitals geirrt habe, aber darüber, dass von den 865 000 Handwerksbetrieben in der Bundesrepublik vom Jahre 1949 heute nur noch rund 600 000 übriggeblieben sind, schweigt man sich aus.

Gerade in der Beinahe-Vollbeschäftigungs-Periode sind viele Einzelhändler gezwungen, ihre Familienangehörigen im Geschäft mitarbeiten

zu lassen, weil sie keine Hilfskräfte einstellen können. Bundesfinanzminister Schäffer aber beharrt auf der steuerlichen Zusammenveranlagung, beschneidet den Arbeitsertrag und erlegt den Ehegatten in zahllosen Einzelhandelsgeschäften - ohne Rücksicht auf das Grundgesetz - eine regelrechte Steuerstrafe auf.

Hunderttausende von Ladeninhabern, die nicht Eigentümer ihrer Geschäftsräume sind, stehen in diesen Wochen vor der Frage, wie sie die zum Teil horrenden Mieterhöhungen aufbringen sollen. Viele von ihnen können im Zeichen der Koalitionspolitik auf die Strasse gesetzt und ihrer Existenzgrundlage beraubt werden, denn Vollstreckungsschutz wird nur in bestimmten Fällen und nicht über neun Monate hinaus gewährt - das Geschäftsraummietengesetz läuft am 31. März 1956 ab.

Vielleicht noch mehr böses Blut machen die ausgesprochen unsozialen Methoden, die gerade gegen die kleinsten unter den selbständig Schaffenden bei der Beitragsaufbringung für das Kindergeld angewandt werden. Die lächerliche Form, die die CDU dem Kindergelddesetz verliehen hat, führt z.B. dazu, dass von ein und demselben Menschen - meistens dem kleinen selbständigen Handwerker, der nebenbei noch etwas Land bearbeitet, - zweimal Kopfbeiträge verlangt werden, einmal von seiner gewerblichen und zum anderen von der landwirtschaftlichen Familienausgleichskasse! Häufig fordert die FAK übermäßige Vorauszahlungen, manchmal werden sogar Vorschusszahlungen für 1957 zwangsweise eingetrieben.

Die Gärung in den Mittelschichten ist die Quittung für die Regierungspolitik der vergangenen sechs Jahre, die den Boden für die Saat der Gewalt vorbereitete. Den geistigen Zustand vieler in diesen Schichten kennzeichnet die "Deutsche Gewerbezeitung", wenn sie sagt, dass es über Foujade nichts zu lachen gibt, dass "auch der deutsche Mittelständler zu einer Radikalisierung fähig" ist und dann droht: "Auch 1932 - 1933 war manchen das Lachen vergangen."

Der regierungsfremde "Mittelstandsblock" wird in Kürze an seinen inneren Gegensätzen zusammenbrechen (durch den "Käuferstreik" rasseln Bauern und Einzelhändler aufeinander). Immer mehr gehört in den Mittelschichten wird aber die Sozialdemokratische Partei finden, die noch soeben auf ihrem Kölner Kongress durch Heinrich Beist, Erwin Lange und Karl Regling den Weg wies, der allein zu einer gesicherten Zukunft auch für die selbständig Schaffenden führt: Hand in Hand mit den Arbeitnehmern und Verbrauchern einzutreten für eine Wirtschaftspolitik, die zum Schutze der bedrohten Mittelschichten äußerste Aktivität entfaltet.

Die Hoffnung auf ein besseres Leben

1p, Belgrad

Mit dem Beginn des neuen Jahres verknüpft sich für die Bevölkerung Jugoslawiens die Hoffnung auf wesentliche Erleichterungen im wirtschaftlichen Alltag. Anstoss hierzu gab ein Referat des Präsidenten Tito vor dem Plenum des Sozialistenbundes, kurz bevor er seine Afrika-Reise antrat. Es ist bezeichnend, dass sich Tito nicht an ein Gremium hoher Funktionäre der kommunistischen Partei, sondern an die Führungsschicht der breiten sozialistischen Massenorganisation wandte, die Nachfolgerin der ehemaligen "Volksfront" ist. Dies entspricht dem Bestreben, dieser Organisation grösseren Spielraum zu gewähren und "nachzuweisen", dass die KPJ nicht mehr lenken, sondern nur noch beraten und erziehen soll. In der Praxis ist der Unterschied allerdings nicht erheblich - das Führerkorps der KPJ und des Sozialistenbundes ist in Personalunion identisch.

Unerheblich aber ist es auch für die Völker Jugoslawiens, wer nun für die Verwirklichung des Hauptwunsches "Besser und billiger leben", verantwortlich zeichnen soll, - ausschlaggebend ist, und im übrigen von eminenter politischer Bedeutung, dass das Jahr 1956 erste sichtbare Ansätze dafür bringt, dass schon ein breiter Teil der lebenden, in Arbeit stehenden Generation in einen besseren Genuss der Arbeitsleistung kommt. Damit, dass in Belgrader Schaufenstern neuerdings gebräuchliche Modelle alter Schreibmaschinen für 200.000 Dinar (zum offiziellen Kurs immerhin DM 1.400.--) ausgetoten werden, ist es nicht getar... auch nicht damit, dass 17 Mill. DM für die bevorzugte Einfuhr von Gütern eines "gehobenen Lebensstandards" bereitgestellt werden, wie Fotoapparate, elektrische Hausgeräte, Uhren und Porzellanschüsseln. Der Durchschnittsjugoslawe verlangt heute, zehn Jahre nach dem für ihn erfolgreich beendeten Krieg, dass er sich mit seinem Durchschnittseinkommen von 140.-- DM im Monat einen ganzen Wintermantel kaufen kann, und nicht nur den dritten Teil davon.

Die Sprache offener Kritik

Nur eine überragende Persönlichkeit wie Tito konnte es sich leisten, dem Volk bekanntzugeben, dass bei der Erstellung der neuen Industrie leichtfertig und verschwenderisch gewirtschaftet wurde, ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse des Marktes, ohne gebührende Beachtung fachlichen Könnens. Seither bersten die Spalten der Zeitungen von anklagenden Tatbeständen über Verschleuderung von Volksgut, unsinnigen oder, wie Tito selbst sagte, grössenwahnsinnigen Plänen. Und die Volksgerichte gehen noch schärfer gegen Veruntreuungen und Bestechungen vor, die in den letzten Jahren so sehr den Hauptteil aller Strafsachen bildeten, dass abschreckende Todesurteile immer häufiger gefällt werden mussten.

Soeben hat eine Belgrader Zeitung, die im Hause des sozialistischen Partei-Organes "Borba" ihren Sitz hat, in schärfsten Worten die Raum-Verschwendungssucht angeprangert, die in den der Vollendung entgegengehenden Gewerkschaftshaus am "Marx-Engels-Platz" eingerissen ist, wo z.B. eine der zahlreichen Arbeitsorganisationen für 22 Angestellte elf Zimmer gemietet hat. Vor einem Jahr wäre eine solche Kritik - 4 -

noch unmöglich gewesen. Dass sie heute erfolgt, ist eine Folge der Initiative Titos, der sich öffentlich für eine der wichtigsten Fragen eingesetzt hat, nämlich der des normalen subjektiven Wohlergehens. Kurz vorher hatte Tito in Zagreb eine Industrieausstellung besichtigt, wo ihm u. a. eine Zweizimmereinrichtung mit Küche für eine Arbeiterfamilie gezeigt wurde, - zum Preise von einer Million Dinar (DM 14.000.--)... An Stelle des erhofften Lobes über diese industrielle Leistung kam, wie Augenzeugen berichten, die knappe Gegenfrage Titos: "Wo ist die Arbeiterfamilie, die sich eine Million Dinar dafür leisten kann?"

Der Vergleich mit dem östlichen Nachbarn

Die befriedigende Antwort auf diese Frage, die - vielleicht überspitzt - für manche andere wirtschaftliche Frage eines notleidenden und im weiteren Sinne noch unterentwickelten Landes kennzeichnend ist, muss bald erteilt werden. Bestimmend hierfür sind nicht so sehr die für Jugoslawien objektiv ungünstigen Vergleiche mit dem Lebensstandard der westlichen Nachbarländer. Die Essenz der Frage liegt schon in naher Zukunft darin, ob das "antikominformistische" Jugoslawien mit seiner u. a. wirtschaftlichen Umstellung nach 1948 heute den anderen, "echten" kommunistischen Ländern des angrenzenden Bereiches als Vorbild wirtschaftlichen Wohlergehens dienen kann. Vergleichende Gespräche, die seit Jahresfrist z. B. zwischen Jugoslawen einerseits und Ungarn, Rumänen und Bulgaren andererseits auf Grund der angefangenen Normalisierungspolitik möglich sind, ergeben für den neutralen Beobachter immerhin, dass Jugoslawien sich anstrengen müssen wird, um den in mancher Beziehung zweifellos bestehenden Vorsprung zu halten, den es sich nach seiner Abseprung aus dem Kominform, - dank westlicher wirtschaftlicher Unterstützung, - sichern konnte.

Es ist vermutlich ein grundlegender Fehler westlich orientierter wirtschaftlicher Beobachter jugoslawischen Geschehens, nur die Vergleiche mit dem Westen als Maßstab anzulegen. Bei einem Land, das durch eine kommunistisch gesteuerte Volkserhebung im Kampf gegen die faschistischen Eindringlinge von 1941 in den Wirkungsbereich einer kommunistischen Wahlverwandtschaft geriet, darf man wohl nach zehn Jahren unbestrittener kommunistischer Lenkung davon ausgehen, dass eine grundlegende, neuerliche Umstellung wirtschaftlichen Denkens und Planens unerhörte Anforderungen an geistige Elastizität stellt, wenngleich realistisches Wollen anderen, mehr westlichen Wegen zugewendet sein mag.

+ + +

Der neue Dreh

Die britische Reuters-Agentur berichtet dieser Tage aus Göttingen:

"Dr. Otto Straßer, der seinerzeit die "Schwarze Front" in Deutschland geleitet hatte, gab seine Absicht bekannt, in den nächsten sechs Monaten eine politische Partei ins Leben zu rufen. Eines ihrer Hauptziele werde der Kampf gegen die Steuern sein. Dr. Straßer sagte, er habe die Absicht, sich demnächst nach Frankreich zu begeben und sich dort mit Pierre Poujade zu treffen. Seine Partei werde an den Bundestagswahlen im Jahre 1957 teilnehmen."

+ + +

- 5 -

Konrad A d e n a u e r - Aufgebot

FB. Die CDU ist zwar eine Partei mit vielen Anhängern, aber wenigen Mitgliedern. Dass sie diesem Übelstand abhelfen will, ist bekannt und niemand hat etwas dagegen, wenn die Partei des Kanzlers eifrige Mitgliederwerbung betreibt.

Wie bedauerlich aber, dass die CDU dabei Methoden anwendet, die in einem demokratischen Staat einfach nicht tragbar sind, und dass ihre Funktionäre in zunehmendem Maße ihre politische oder wirtschaftliche Machtstellung ausnutzen, um den CDU-Seelen-Fang zu betreiben.

Das gravierendste Beispiel der jüngsten Zeit dürfte sich dabei in Siegen ereignet haben, wo die CDU mit Ernst Bach den Oberbürgermeister stellt, der gleichzeitig ein noch offensichtlich wichtigeres Nebenamt als Bundesschatzmeister der CDU versieht.

Vor dem Kanzler-Geburtstag hat besagter Ernst Bach Briefe versandt, die der Mitgliederwerbung der CDU dienen. Im Wortlaut heisst es darin:

"Sehr geehrter Herr.....

Wie Ihnen bekannt, feiert der Bundeskanzler Dr. Adenauer heute seinen 80. Geburtstag. Wir haben uns vorgenommen, ihm dadurch eine besondere Freude zu bereiten, dass wir den Mitgliederbestand der CDU verdoppeln.

Als Vorsitzenden des Stadtverbandes Siegen der CDU würde ich mich freuen, wenn Sie sich entschliessen würden - soweit Sie verheiratet sind, mit Ihrer Frau - Mitglied der CDU zu werden. Wenn Sie die Mitgliedschaft für sich und Ihre Frau als zu stark empfinden, wäre ich Ihnen doch dankbar, wenn wenigstens einer Mitglied würde.

Beiliegend sende ich Ihnen einen Aufnahmeschein. Senden Sie mir denselben bitte ausgefüllt und mit Ihrer Unterschrift versehen zurück.

Indem ich Ihnen noch nachträglich ein erfolgreiches und gutes Neues Jahr wünsche, bin ich mit

freundlicher Begrüssung
Ihr gez. Ernst Bach."

Nun mag man über den politischen Stil dieses Briefes geteilter Meinung sein, denn er erinnert zu stark an Methoden, die unter dem Begriff Wilhelm-Pieck-Aufgebot oder Adolf-Eitler-Spende bekanntgeworden sind. Auf keinen Fall tragbar aber ist es, dass die Briefbogen mit der

Amtsbezeichnung Oberbürgermeister geziert sind, und geradezu verwerflich ist es, dass sie an alle Angehörigen der Stadtverwaltung Siegen gerichtet worden waren. In dieser Tatsache ist ein kaum zu überbietender Mißbrauch einer kommunalen Funktion zu sehen. Wenn man zudem weiss, dass in der Stadtverwaltung Siegen Ressortverschiebungen aus parteipolitischen Gründen gang und gäbe sind, dann kann man ermesen, welchem moralischen Druck die Verwaltungsangestellten durch einen solchen Brief ausgesetzt worden sind.

Die CDU kann nicht genug tun, um die sogenannten "Roten Rathäuser" anzugreifen, in denen die SPD die Oberbürgermeister stellt. In diesen Rathäusern aber sind solche skandalösen Ansinnen an die Verwaltungsangehörigen noch niemals gestellt worden, während der Fall Ernst Bach nicht vereinzelt dasteht.

Das letzte Wort in dieser Angelegenheit ist aber noch nicht gesprochen worden. Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete **H e i n r i c h** hat zunächst einmal beim Regierungspräsidenten in Arnberg als kommunaler Dienstaufsichtsbehörde Beschwerde eingelegt. Es ist zu hoffen, dass man von dort aus Ernst Bach klarmacht, dass er nicht befugt ist, selbst wenn er Bundesschatzmeister der CDU ist, seine Parteimitgliederbestände auf diese Art und Weise aufzufüllen.

+ + +

Falsche Weichenstellung

kj. In Pankows "DER" geht es bekanntlich den alten Leuten an schlechtesten: sie hungern sich mit ihrer Lebensmittelgrundkarte durchs freundlose Leben; die spärliche Rente erlaubt keine Einkäufe in der teuren HO. Die Regierung hält sich nun für sehr human, wenn sie diesen Ärmsten der Armen gelegentlich ein Präsent macht.

Das Präsentmachen läuft unter dem klangvollen Namen "Republikspende" - auf dass die Empfänger ja auch eindrucksvoll empfinden, dass der Segen vom Staate kommt. Meistens gibt es gebrauchte Kleidungsstücke, etwas zu essen und sonstige Kleinigkeiten für den Hausgebrauch. Offenbar aber nimmt man es mit der Verteilung nicht so genau: die Individualität des Schenkens hinkt auf beiden Beinen. Dafür zwei Beispiele:

Kürzlich erschien bei einem 84jährigen Mann in Blankenburg am Harz ein Republikspendenfunktionär und überreichte ihm als Staatsgeschenk einen Badeanzug und ein Paar Sportstrümpfe. Der erstaunte Alte hätte gern etwas Gemässeres gehabt - aber ihm wurde lakonisch gesagt, dass daran nichts zu ändern sei. "Geschenkt ist geschenkt und die Adresse stimmt auch!" bekam er zur Antwort.

Ähnlich erging es einer 74jährigen Blankenburgerin. Ihr wurden feierlich ein Büstenhalter und drei Paar Seidenstrümpfe überreicht. Ihre Proteste halfen nicht. "Was die Republik spendet ist gut, und damit basta!" -

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau